

Tim Sprenger

# Das Plattformverfahren

Ausbalancierte Rechtsdurchsetzung  
mittels Verfahrensgrundsätzen



Nomos

weizenbaum  
institut

---

**Normsetzung und Entscheidungsverfahren**  
**Schriftenreihe des Weizenbaum-Instituts für**  
**normative Wissenschaften**

herausgegeben von | edited by  
Simon Schrör  
Prof. Dr. Herbert Zech

Band | Volume 2

Tim Sprenger

# Das Plattformverfahren

Ausbalancierte Rechtsdurchsetzung  
mittels Verfahrensgrundsätzen



**Nomos**

weizenbaum  
institut

Diese Veröffentlichung wurde unter dem Förderkennzeichen 16DII131 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie durch die Stiftung ius vivum unterstützt.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Erlangen-Nürnberg, Univ., Diss., 2024

1. Auflage 2024

© Tim Sprenger

Publiziert von  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden  
[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-2302-8  
ISBN (ePDF): 978-3-7489-4952-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748949527>



Onlineversion  
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

*Für Margarete Geyer und Edith Sprenger*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand ab Mai 2021 und wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Sommer 2024 als Dissertation angenommen. Stand der Literatur ist das Frühjahr 2024. Ich möchte an dieser Stelle einige der Menschen hervorheben, ohne deren Unterstützung diese Arbeit nicht entstanden wäre.

Meinem Doktorvater, Prof. Dr. Franz Hofmann, LL.M. (Cambridge), gilt großer Dank für die Betreuung dieses Vorhabens. Seine klugen Denkanstöße, die mir überlassene inhaltliche Freiheit und seine umfassende akademische Förderung sind prägend für diese Arbeit und darüber hinaus.

Herrn Prof. Dr. Jürgen Stamm danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und seine immer guten Ratschläge.

Beiden Professoren danke ich zudem für die Möglichkeit, in der Promotionszeit an Ihren Lehrstühlen tätig sein zu dürfen. Die Zeit habe ich fachlich und menschlich als sehr bereichernd erlebt. Besonders den Kolleg:innen Dr. Franziska Kurz, Paulina Meichelbeck, Céline Binder, Nick Jung, Dennis Büchel, Valentin Link, Astrid Kaleja und Sabine Trippmacher danke ich für motivierende, witzige und schöne Momente sowie die hervorragende Zusammenarbeit.

Bedeutsam für diese Dissertation ist meine Zeit am Weizenbaum-Institut. Herr Prof. Dr. iur. Dipl.-Biol. Herbert Zech und Simon Schrör haben die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe der Forschungsgruppe „Normsetzung und Entscheidungsverfahren“ und meine vorherige Zeit als Gastwissenschaftler ermöglicht. Auch hier durfte ich tolle Menschen kennenlernen und mich mit Ihnen austauschen. Zu diesen gehören u.a. Dr. Pablo Schumacher, Dr. Ferdinand Müller, Prisca von Hagen, Alexandra Keiner, Dr. Irma Klünker, Lea Ossmann-Magiera, Jana Pinheiro und PD Dr. Michael Denga.

Für die großzügige finanzielle Förderung dieser frei zugänglichen Veröffentlichung danke ich dem Weizenbaum Institut und der Stiftung ius vivum mit ihrem Vorstand Prof. Dr. Haimo Schack, LL.M. (Berkeley).

Den Professor:innen und Teilnehmer:innen im universitätsübergreifenden Graduiertenkolleg „Recht der Informationsgesellschaft“ (GKRI) danke ich für die hervorragenden Seminare und Vorträge sowie kritische Diskussionen.

## *Vorwort*

Stefanie Stoltmann danke ich für Ihren grammatischen und moralischen Beistand und unsere langjährige Freundschaft.

Lisa Marksches hat durch die von ihr gesendeten, wohlkuratierten Inhalte auf sozialen Plattformen meine dauerhafte Bindung zum Forschungsthema aufrechterhalten. Zudem hat sie mir ehrliches und genaues Feedback zum dritten Teil der Dissertation gegeben, mich motiviert und beruhigt.

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, Sabine Geyer und Dieter Sprenger, die mir meinen gesamten Lebensweg ermöglicht haben und mich immer unterstützen. Meinem Vater und meinem Bruder Jan Sprenger verdanke ich die unterstützende Durchsicht des Manuskripts. Verbleibende Fehler liegen allein in meiner Verantwortung.

Der abschließende Dank gebührt meinen beiden Omas. Ihre herzliche Bestärkung und Ihr Rückhalt kannten keinen Vergleich. Es freut mich sehr, dass beide diese Arbeit ein Stück des Weges begleiten konnten. Ihnen ist sie gewidmet.

Nürnberg, September 2024

Tim Sprenger

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
<b>Einleitung</b>	23
A. Von materiellem Recht zu Content-Moderation als Verfahren	23
B. Grundkonzepte und Problemkreise	27
I. Plattformen als Intermediäre	27
II. Konflikte um Verantwortlichkeit und Moderation	29
III. Prozeduralisierung als Lösungsweg?	31
C. Ziel und Reichweite der Untersuchung	33
D. Gang der Untersuchung	37
E. Forschungsstand	39
<b>Erster Teil: Content-Moderation als Verfahren</b>	43
A. Verfahrensablauf und Struktur	44
I. Verfahrenseinleitung und Beteiligtenstruktur	44
II. Sachverhaltsermittlung und erste Entscheidung	46
III. Entscheidungsüberprüfung	48
IV. Fazit	49
B. Klassifizierung des Plattformverfahrens	51
I. Notwendigkeit der Einordnung	51
II. Verfahrenstheoretische Definition	53
III. Einordnung des Plattformverfahrens	55
IV. Verhältnis und Abgrenzung zu anderen Verfahrensarten	61
1. Staatliche Gerichtsverfahren	61
2. Schiedsverfahren	63

## Inhaltsverzeichnis

3. (Dritt-)Entscheidungsverfahren eigener Art	65
V. Fazit	66
C. Rechtliche Ordnung des Plattformverfahrens	67
I. Einteilung nach Normkategorie	67
1. Formelles oder materielles Recht	68
2. Prozedurales Recht	71
II. Verfahrenstheoretisch-begriffliche Einordnung	73
III. Einzelne Rechtsquellen	76
1. Gesetze	77
2. Rechtsprechung	83
3. Verträge	86
4. Soft Law	91
5. Quellenvielfalt und ihre Konsequenzen	92
IV. Funktionale Betrachtung	94
1. Offenheit wider Programmierung	94
2. Herrschaft wider ihre Begrenzung	97
V. Fazit	101
D. Interessenlage im Plattformverfahren	103
I. Interessenbegriff	103
II. Horizontalwirkung in der Plattformumgebung	105
1. Anknüpfungspunkte der Grundrechtsbindung	106
2. Unterschiedliche Horizontalwirkungskonstruktionen	108
a) Mittelbare Drittwirkung 2.0 – Grundrechtsschutz durch Verfahren	108
b) Unmittelbare Drittwirkung	110
c) Vermittelnd – Grundrechte als (un)mittelbare Verfahrensdeterminante	112
3. Abgrenzung zu den Verfahrensgrundrechten	113
4. Fazit und Auswirkungen	116
III. Individuelle und kollektive Interessen im Plattformverfahren	118
1. Plattformen	119
2. Aktive Nutzer	121

3. Potenziell verletzte Rechteinhaber	124
4. Unverletzte dritte Verfahrensbeteiligte	127
5. Allgemeininteressen	127
6. Fazit	131
<b>IV. Das mehrpolige Interessengeflecht der Plattformumgebung</b>	131
V. Fazit	132
<b>E. Institutionelle Ziele des Plattformverfahrens</b>	135
I. Verfahrenstheoretischer Zielbegriff	135
II. Befriedung sozialer Konflikte	137
III. Institutionelle Ziele auf rechtlicher Ebene	139
1. Rechtsdurchsetzung im weiteren Sinn	140
2. Rechtliche Nebenziele	142
<b>IV. Balanceakt Interessenausgleich</b>	143
1. Streben nach ausgeglichener Durchsetzung	144
2. Verfahrensgestaltung als Knotenpunkt der Interessensteuerung	146
V. Fazit	147
<b>F. Fazit des ersten Teils</b>	149
I. Klassifizierung und Systematisierung des Plattformverfahrens	149
II. Das Plattformverfahren als isolierbarer Forschungsgegenstand	151
<b>Zweiter Teil: Verfahrensgrundsätze</b>	153
<b>A. Verfahrensgrundsätze im klassischen Sinn</b>	154
I. Präzisere Kategorisierung durch das Zwei-Ebenen-Modell	154
II. Die verfassungsrechtliche Ebene	157
III. Die funktionale Ebene	159
1. Beschreibungsleistung und Strukturmerkmal	159
2. Optimierungsvehikel wissenschaftlicher Rechtspolitik	160
3. Prinzipiencharakter	162

## Inhaltsverzeichnis

IV.	Keine unmittelbare Übertragbarkeit	163
V.	Fazit	165
B.	Ausdehnung des Verfahrensgrundsatzbegriffs	167
I.	Grundsatzdenken abseits des staatlichen Gerichtsprozesses	167
II.	Verfahrensmechanismen mit grundsätzlicher Bedeutung	169
1.	Eilverfahren und einstweiliger Rechtsschutz	170
2.	Rechtsbehelfe	173
3.	Fazit	175
III.	Fazit: Verfahrensgrundsätze im weitesten Sinn	175
C.	Verfahrensgrundsätze für das Plattformverfahren	177
I.	Vorhandene Anknüpfungspunkte	177
II.	Funktionale Plattformverfahrensgrundsätze	179
1.	Ermöglichung durch weites Begriffsverständnis	179
2.	Induktives Analyse- und Beschreibungswerkzeug	180
3.	Optimierung des Interessenausgleichs	180
III.	Relevante Einsatzmöglichkeiten	181
IV.	Fazit	182
D.	Fazit des zweiten Teils	183
I.	Verfahrenstheoretische Auseinandersetzung	183
II.	Ein Fundament für das Grundsatzdenken im Plattformverfahren	184
<b>Dritter Teil: Plattformverfahrensgrundsätze</b>		187
A.	Anhörung	189
I.	Die Anhörung außerhalb des Plattformverfahrens	189
II.	Die Anhörung im Plattformverfahren	193
1.	Information	194
a)	Information vor der ersten Entscheidung	194
b)	Information nach der ersten Entscheidung	197

c) Informationsübermittlung und -austausch im Überprüfungsverfahren	199
2. Äußerungsmöglichkeiten der Verfahrensbeteiligten	200
a) Verfahrensinitierung	200
b) Stellungnahme des aktiven Nutzers bis zur ersten Entscheidung	202
c) Stellungnahmen bis zur zweiten Entscheidung	203
3. Berücksichtigung der Äußerung durch Entscheidungsbegründung	205
4. Fazit	207
<b>III. Interessenlage und Optimierungsansätze</b>	<b>208</b>
1. Sachverhaltsermittlung und Entscheidungsqualität	209
2. Anhörungseffekt und Frustrationseffekt	212
3. Die Anhörung des aktiven Nutzers	214
a) Schwächen der aktuellen Konzeption	215
aa) Die Intensität von Inhaltslösungen und Accountsperren	215
bb) Vernachlässigung von Nutzerinteressen	217
b) Vorschlag für eine alternative Anhörungsausgestaltung	219
4. Fazit	222
<b>IV. Fazit: Der Anhörungsgrundsatz im Plattformverfahren</b>	<b>223</b>
<b>B. Beschleunigung und Eilverfahren</b>	<b>225</b>
I. Beschleunigung und Eilverfahren außerhalb der Plattformumgebung	225
1. Beschleunigung und Konzentration	226
2. Eilverfahren und einstweiliger Rechtsschutz	227
3. Fazit	229
II. Beschleunigung und Eilverfahren in der Plattformumgebung	229
1. Beschleunigte Verfahrensgestaltung und -führung	230
2. Explizit zeitbezogene Vorgaben und Fristen	232

## Inhaltsverzeichnis

3.	Eilverfahren	234
a)	Technologieabhängiges Eilverfahren – Automatisierte Erkennung und Entscheidung	235
aa)	Technologiebedingte Risiken versus Schutzzvorkehrungen	236
bb)	Referenzmaterial versus Kennzeichnung	238
cc)	Inhaltskategorien mit automatisiertem Vertrauens- oder Misstrauensvorschuss	240
b)	Personenabhängiges Eilverfahren – Vertrauenswürdige Beteiligte und rote Knöpfe	242
aa)	Vertrauenswürdige Hinweisgeber	242
bb)	Vertrauenswürdige Rechteinhaber	244
cc)	Vertrauenswürdige Nutzer?	246
c)	Inhaltsabhängige Eilverfahren – Priorisierung nach Verletzungsgrad	249
d)	Zwischenfazit: Besondere Geschwindigkeit, besonderer Schutz	251
4.	Einstweilige Verfahrensmechanismen – Verzögerung und Aufschub	251
5.	Fazit	253
III.	Interessenlage und Optimierungsansätze	254
1.	Das Dilemma der Verfahrensbeschleunigung	255
2.	Angepasste Geschwindigkeit – Mut zur Frist?	255
3.	Verschwendete Nutzerkapazitäten	257
4.	Regulierungsfreundliche Technik?	259
5.	Fazit	260
IV.	Fazit: Der Beschleunigungsgrundsatz des Plattformverfahrens	261
C.	Faires Verfahren	263
I.	Verfahrensfairness außerhalb des Plattformverfahrens	264
II.	Verfahrensfairness im Plattformverfahren	268
1.	Neutralität	268
a)	Direkte und indirekte Verfahrens(struktur)vorgaben	268
b)	Entscheiderwechsel	270
aa)	Externe Stellen der Selbstregulierung	271

bb) Partizipative Moderationsmodelle	273
cc) Entscheiderwechsel im Überprüfungsverfahren	276
c) Zwischenfazit	276
2. Gleichmäßigkeit	277
a) Zugänglichkeit und Verfahrensablauf	277
b) Entscheidungsfindung und -konsistenz	279
c) Zwischenfazit	281
3. Fazit	281
III. Interessenlage und Optimierungsansätze	282
IV. Fazit: Der Grundsatz des fairen Verfahrens im Plattformverfahren	285
D. Umgang mit Verfahrensmissbrauch	287
I. Der Umgang mit Verfahrensmissbrauch außerhalb des Plattformverfahrens	288
1. Feststellung des Verfahrensmissbrauchs	288
2. Folgen des Verfahrensmissbrauchs	290
3. Fazit	292
II. Der Umgang mit Verfahrensmissbrauch im Plattformverfahren	292
1. Feststellung des Verfahrensmissbrauchs	293
a) Betroffene Verfahrenselemente	294
b) Feststellungs- und Entscheidungsvorgang	295
c) Kriterien zur Feststellung	297
aa) Quantitativer Indikator	297
bb) Qualitativer Indikator	298
cc) Zurechnungsindikator	298
d) Zwischenfazit	300
2. Plattforminterne Prävention und Sanktion	300
a) Posteriorisierung, Captchas und Warnungen	301
b) Unwirksamkeit und Entfall einzelner Verfahrenshandlungen	302
c) Ausschluss vom gesamten Verfahren	303
d) Verlust von verfahrensbezogenen Privilegien	303
e) Ausschluss von der Plattform (Accountsperre)	304
f) Zwischenfazit	305

## Inhaltsverzeichnis

3. Externe Ansprüche	306
4. Fazit	307
III. Interessenlage und Optimierungsansätze	307
IV. Fazit: Bekämpfung von Verfahrensmissbrauch im Plattformverfahren	311
E. Entscheidungsüberprüfung	313
I. Entscheidungsüberprüfung außerhalb der Plattformumgebung	313
II. Entscheidungsüberprüfung in der Plattformumgebung	316
1. Interne Überprüfungsverfahren	317
a) Überprüfungsverfahren als grundlegender Bestandteil	317
b) Ausgestaltungsvarianten von Überprüfungsverfahren	320
aa) Bilaterales und trilaterales Modell	320
bb) Formell-reaktives Modell versus kommunikative Sachverhaltsaufklärung	321
c) Funktionale Kernelemente und -effekte	323
aa) Kontroll- und Korrekturfunktion	324
bb) Kassations- und Reformationsfunktion (put back)	325
cc) Teilweiser Devolutiveffekt und menschliche Überprüfung	326
dd) Kein zwingender Suspensiveffekt	328
d) Zwischenfazit	330
2. Externe Überprüfung	331
a) Verfahren vor Schlichtungs- und Streitbeilegungsstellen	332
b) Behördliche Verfahren	333
c) Gerichtsverfahren und put back-Ansprüche	333
d) Zwischenfazit	336
3. Fazit	336
III. Interessenlage und Optimierungspotenzial	337
1. Notwendigkeit akzeptierter interner Überprüfungsverfahren	337

2.	Regulatorische Beachtung eines plattforminternen Suspensiveffekts	339
3.	Präzisierter Kontrollmaßstab	341
4.	Verfahrensverzögerte Plattformhaftung?	342
5.	Rechtsfolgen von Put back-Ansprüchen	344
6.	Fazit	344
VI.	Fazit: Entscheidungsüberprüfung als Grundsatzmechanismus des Plattformverfahrens	345
F.	Weitere Verfahrensgrundsätze	347
G.	Fazit des dritten Teils	351
<b>Schlussbetrachtung</b>		353
<b>Zusammenfassung in Thesen</b>		357
Literaturverzeichnis		363
Linkverzeichnis		387



## Abkürzungsverzeichnis

17 U.S.C. § 512	Title 17 United States Code § 512 – Limitations on liability relating to material online
AVMD-RL	Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Medien-dienste)
BT Drs	Bundestagsdrucksache
bzgl.	Bezüglich
bzw.	Beziehungsweise
dh	Das heißt
DMA	Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte)
DSA	Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)
DSM-RL	Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG
Ebd	Ebenda
EC-RL	Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im

## Abkürzungsverzeichnis

	Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“)
Enforcement-RL	Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums
ErwG	Erwägungsgrund
Exempl.	Exemplarisch
f	Folgende
ff	Fortfolgende
Fn	Fußnote
InfoSoc-RL	Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft
Insbes.	Insbesondere
iVm	In Verbindung mit
NetzDG	Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) vom 1. September 2017
P2B-VO	Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten
S.	Siehe (bei Quellenangaben: Seite, Satz)
S.a.	Siehe auch
S.o.	Siehe oben
S.u.	Siehe unten
TCO-VO	Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte
TMG	Telemediengesetz (TMG) vom 26. Februar 2007
ua	Unter anderem

UrhDaG	Gesetz über die urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten (Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz – UrhDaG) vom 31. Mai 2021
Uvm	Und viele(s) mehr
Vgl.	Vergleiche
Vs.	Versus
zB	Zum Beispiel

